

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

Für ein gutes Leben im Alter

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern wird durchschnittlich immer älter. Demografische Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2040 knapp ein Drittel der Landesbevölkerung älter als 65 Jahre sein wird. Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Anzahl jüngerer Menschen bis 2040 zurückzuführen. Insbesondere die Zahl der Menschen über 75 Jahren wird aber auch in absoluten Zahlen bis 2040 voraussichtlich deutlich ansteigen. Folglich sollte Seniorenpolitik verstärkt in den Fokus öffentlichen Handelns rücken.
2. Ein zentraler Ansatzpunkt für die Seniorenpolitik muss es weiterhin sein, gegen Tendenzen von Vereinsamung und Isolation im Alter vorzugehen, um auch damit die Gesundheit älterer Menschen zu erhalten und zu fördern. Der Ermöglichung von Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen durch stärkere Nutzung der digitalen Möglichkeiten sowie der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements der Seniorinnen und Senioren kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.
3. Es bedarf daher in Mecklenburg-Vorpommern seniorenpolitischer Konzepte, die ihrem jeweiligen Wirkungsbereich entsprechend entweder auf Landesebene oder auf kommunaler Ebene angesiedelt sein sollten. Auf Landesebene sollten umfassende Strategien für die Schlüsselaspekte Beteiligung und Engagement sowie Förderung digitaler Kompetenzen entwickelt werden; auf kommunaler Ebene sollte die Weiterentwicklung der kommunalen Pflegesozialpläne angestoßen werden.

4. Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine beeindruckende Struktur von Vereinen, Initiativen und Gruppen, in denen sich Menschen ehrenamtlich einbringen und damit einen unschätzbaren wertvollen Beitrag für die gesamte Gesellschaft leisten. Hier wird bürgerschaftliches Engagement gelebt und weiterentwickelt. Auf diesen Erfahrungsschatz bereits bestehender Strukturen, Ideen und Projekte sollte zurückgegriffen werden. Denn Seniorinnen und Senioren leisten mit ihren über viele Jahre erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen verbunden mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Zeitbudget einen wertvollen Beitrag, der gleichberechtigt in gesellschaftliche Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse einzubeziehen ist.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Seniorenverbänden, der kommunalen Ebene, der Freien Wohlfahrtspflege und Patientinnen- und Patientenorganisationen sowie der Regierungsfractionen des Landtages bis Mitte 2023 einen „Runden Tisch – gegen Einsamkeit im Alter“ ins Leben zu rufen, mit dem Ziel, Empfehlungen für Strategien gegen Einsamkeit zu erarbeiten sowie den Grundstein für ein landesweites Bündnis gegen Einsamkeit zu legen. Die auf Bundesebene in Erarbeitung befindliche „Strategie gegen Einsamkeit“ soll nach ihrer Fertigstellung in die Arbeit des Runden Tisches einbezogen werden. Des Weiteren dient der Runde Tisch als Austauschplattform für die Erarbeitung „seniorenpolitischer Gesamtkonzepte“. Im Sinne einer synergetischen Nutzung sollen hier die kommunalen Ergebnisse und Erkenntnisse mit dem Ziel einer landesweiten Ausstrahlung zusammenfließen. Die Koordinierung des Runden Tisches ist im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport anzusiedeln; dessen Ergebnisse sollen in regelmäßigen Abständen, mindestens jährlich, im Sozialausschuss vorgestellt werden.
2. in Bezugnahme auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ zum Themengebiet bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe bis Ende 2025 eine landesweite Engagementsstrategie zu erarbeiten.
3. bis Mitte 2024 zu prüfen, wie weitere Standorte des landesweiten Projektes SilverSurfer mit Unterstützung der Bundesprojekte, wie zum Beispiel dem Digital-Kompass und den Erfahrungsorten im DigitalPakt Alter, eingerichtet werden können.
4. Landkreise und Gemeinden bei Interessenbekundung darin zu unterstützen, ihre kommunalen Pflegesozialpläne zu einem Konzept weiterzuentwickeln, welches die jeweils vor Ort relevanten seniorenpolitischen Gesichtspunkte berücksichtigt.

Julian Barlen und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Begründung:

In Mecklenburg-Vorpommern sollen Menschen jeden Alters gut und gerne leben und an der Gesellschaft teilhaben können. Dafür braucht es, abgestimmt auf die unterschiedlichen Lebensphasen, differenzierte Strukturen und Angebote. Aufgabe der Seniorenpolitik ist es, dabei die Problemlagen und Bedürfnisse älterer Menschen in den Blick zu nehmen, um z. B. Vereinsamung zu vermeiden.

Ein wichtiges Handlungsfeld ist folglich die Förderung von Möglichkeiten, soziale Kontakte zu knüpfen und gesellschaftliche Einbindung zu erleben; erschwert wird dies für Seniorinnen und Senioren durch eine insgesamt schrumpfende Bevölkerung und sinkende Mobilität im Alter.

Partizipation und Teilhabe kommt dabei sowohl eine soziale als auch medizinische Komponente zu. Wird Einsamkeit chronisch, erhöht sich für Betroffene das Risiko für psychische und physische Erkrankungen und wirkt sich weiter negativ auf ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aus. Die Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe und Vermeidung von Isolation ist daher auch eine zentrale Maßnahme, um die Lebensqualität und Gesundheit älterer Menschen zu fördern.

Durch die Förderung des gesellschaftlichen Engagements von Seniorinnen/Senioren kann Vereinsamungstendenzen in doppelter Hinsicht entgegengetreten werden. Engagierte Seniorinnen/Senioren erleben ihr Tun als sinnhaft und sich selbst als weiterhin aktive Mitglieder der Gesellschaft. Weniger Engagierte können durch Erstere unterstützt und in ihren Belangen vertreten werden. Im Rahmen einer Engagementsstrategie können die Vorteile bürgerschaftlichen Engagements u. a. für Seniorinnen/Senioren nachhaltig gestärkt werden.

Angesichts der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche kommt auch der digitalen Teilhabe älterer Menschen eine immer größere Bedeutung zu. Das Internet bietet zahlreiche Chancen, die vielen älteren Menschen jedoch nicht so einfach zugänglich sind. Auf ihrem Weg zu einem eigenständigen Umgang mit digitalen Medien sind daher die Stärkung digitaler Kompetenzen u. a. durch ehrenamtliche Unterstützerinnen und Unterstützer wichtig.

Im Gesundheitswesen wird der versierte Umgang mit App-basierten Anwendungen, elektronischen Akten und telemedizinischen Angeboten in ansehbarer Zeit immer wichtiger werden. Zudem stellt die souveräne Nutzung digitaler Medien und Endgeräte in einer Welt, in der Meldungen und Falschmeldungen oft in Konkurrenz zueinanderstehen, eine entscheidende Fähigkeit für die unabhängige Meinungsbildung dar.